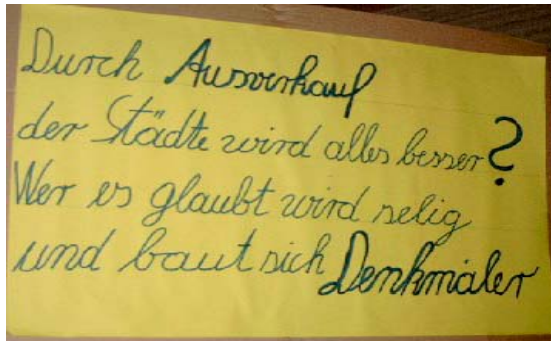




Privatisierung städtischer Pflichtaufgaben ist ein Irrweg!



Verhindern Sie mit uns, dass unsere Stadt nach und nach verkauft wird und unsere Kinder die Folgekosten zahlen müssen!

Unterstützen auch Sie das Bürgerbegehren!

Unterschriften können werktags von 10 bis ca. 17 Uhr auch an der Holzhütte auf der Schlossstrasse / Ecke Viktoriaplatz geleistet werden.

Die Fragestellung

zu der Erneuerung des Bürgerentscheids gegen weitere Privatisierung lautet:

„Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile, Gebäude und/oder deren Betreuung an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?“

Die Unterschriftenliste für das Bürgerbegehren ist als PDF-Datei herunter zu laden unter:

<http://www.mbi-mh.de/PPP-Buergerbegehren.pdf>

oder in der MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1, abzuholen, abzugeben oder zu zusenden.

Initiatoren des Bürgerbegehrens

Reinald Schnell,	Kuhlenstr. 4,	45468 Mülheim
Uwe Tschirner,	Postreitweg 8,	45472 Mülheim
Lothar Reinhard,	Karlsruher Str.12,	45478 Mülheim

**Sprechen Sie auch mit
Ihren Nachbarn und Freunden,
denn jede Stimme zählt!**

Weitere Information in der
MBI-Geschäftsstelle
Kohlenkamp 1
45468 Mülheim
während der üblichen
Öffnungszeiten 10 bis 18 Uhr

Kontakt:

Tel.: **38 99 810** ★ Fax: 38 99 811
mail: mbi@mbi-mh.de

Treffen der
BI
Mülheim
bleibt
unser !

mittwochs
um 19 Uhr
MBI-Geschäftsstelle



Weil das Prestigeobjekt Ruhrbania mit der Brechstange umgesetzt werden soll, bleibt der Stadt Mülheim für sensible und unvermeidbare städtische Pflichtaufgaben kein Geld. Deshalb sollen private Firmen Gebäude und Grundstücke von Altersheimen, Schulen, Kindergärten und auch an der geplanten Ruhrpromenade betreiben. Frau OB Mühlenfeld behauptete vor dem Bürgerentscheid 2005, durch PPP bei Schulsanierung könnten städtische Gelder bis zu 25% wirksamer eingesetzt werden. Kurzfristig mag das so aussehen, wenn etwa Schulgebäude an Private vergeben und zurückgemietet werden. Bereits mittelfristig ist die städtische Handlungsfreiheit noch mehr eingeschränkt wegen der fixen Mietkosten für 25 Jahre oder mehr. Langfristig aber zahlt die Stadt immer drauf, weil PPP-Partner logischerweise Profit machen wollen. Bei Offenlegung der wahren Gesamtkosten einschließlich erforderlicher Kreditkosten für die langjährige Miete würde das deutlich. Doch teure Gutachter rechnen das anders vor und das Erwachen kommt bereits nach kurzer Zeit wie etwa in Hamburg, wo die Hansestadt für das PPP-Klinikmodell aus 2004 bereits in 2005 und ebenso in 2006 viele Millionen nachschießen musste.



In Mülheim will Hochtief die „Zukunftsschule Eppinghofen“ an der Bruchstr. bauen, d.h. alles abreißen und neu bauen mit Erweiterung um einen Realschulzweig. Doch bereits die Planungsphase beweist: Schulentwicklungsplanung der Stadt wird dem Bauwunsch des Konzerns untergeordnet, die zuständigen demokratischen Gremien werden nicht beteiligt, von betroffenen Eltern usw. ganz zu schweigen. Der Aufstand der Eltern und Lehrer verschiedener anderer Schulen, die in der Folge von Schließung betroffen sein könnten, hängt auch damit zusammen!

Wenn die Zukunft Hochtief heißt, bleibt zuerst die Demokratie auf der Strecke!

Demnächst sollen etliche Schulgebäude in Mülheim als sog. PPP bzw. zu deutsch ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) privaten Firmen übergeben und von ihnen betrieben werden. Kindergärten, städtische Altersheime usw. könnten die nächsten ÖPP-Projekte sein. Bisherige PPP-Beispiele - z.B. Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, Schulzentrum Frankfurt-Ostend, Hamburger Krankenhäuser u.v.m. - haben sich aber als folgenschwere Irrwege erwiesen.

Privatisierung der städtischen Pflichtaufgaben bedeutet immer:

- **Transparenz und demokratische Kontrolle werden ausgehebelt!**
- **Langfristige Verschuldung wird zementiert: „Kinder und Enkel haften für ihre Eltern und Großeltern“!**
- **Konflikte und überteuerter Rückkauf sind häufig vorprogrammiert!**